



Gewalt nur ein Berufsrisiko?

Seit Jahren steigen die Fallzahlen von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte im Einsatz an, die Aufwendungen im Rechtsschutz der GdP für die einschlägigen Verfahren bestätigen das. Gab es im Jahr 2000 in Bayern insgesamt 2774 Delikte gegen Polizeibeamte im Einsatz, waren es **2013 mit 6811 Delikten** fast dreimal so viele. Allerdings haben sich die Erfassungsmodalitäten geändert, vergleichbar sind daher laut dem Ergebnis einer aktuellen Landtagsanfrage (**LT-Drs. 17/706**) die Jahre 2010 mit 6278 Fällen bis 2013 mit 533 Fällen mehr (ein Plus von rund 8,5% in vier Jahren), wobei die reinen Widerstandsanzeigen mit 1381 in 2010 nahezu auf gleich hohem Niveau liegen, nämlich 1387 in 2013. Erheblich gestiegen sind in diesem Zeitraum die Beleidigungen von 2353 auf 2800 Fälle. Kritiker der Polizei argumentieren hier natürlich sofort mit einem gestiegenen Anzeigeverhalten unserer Kollegen/-innen. Gerne wird auch argumentiert, Gewalt gegen die Polizeibeamten/-innen gehöre halt zum Polizeiberuf dazu, sei sozusagen Berufsrisiko. Hier wird seitens der GdP deutlich klargestellt, dass die Menschen- und Bürgerrechte nicht bei der Einstellung abgegeben werden. Sicherlich ist das Risiko, als Polizeibeamter körperlich oder verbal angegriffen zu werden, wesentlich höher als beim Normalbürger, der schon aus Eigeninteresse bestimmte soziale Brennpunkte meidet. Das heißt aber nicht, dass Gewalt durch Polizeibeamte hingenommen werden muss. Täter solcher Delikte sind, wie jeder andere Straftäter auch, zur Strafanzeige zu bringen und haben auch zivilrechtlich für ihr Tun einzustehen.

Insgesamt nimmt die Diskussion in der Öffentlichkeit mitunter obskure Formen an, statt Gewalt gegen die Polizei wird das Thema gerne umgewandelt zum Thema Gewalt durch die Polizei. Diese mediale Dauerbefeuerung hat schon dazu geführt, dass sich die polizeiinterne Arbeitsgruppe plötzlich mit einer Themenänderung auseinandersetzen musste: Statt Gewalt gegen die Polizei lautete der Auftrag plötzlich Polizei und Gewalt – hier wehrte sich das Gremium, aber man sieht, dass die in der Öffentlichkeit geführte Diskussi-

on auch polizeiintern ihre Spuren hinterlässt. Dabei klagen doch inzwischen nicht nur unsere Kollegen/-innen über den rauhen Ton des Bürgers gegenüber der Polizei und vor allem über die sich oft an nichtigen Anlässen entzündende Gewalt gegen die Einsatzkräfte, sondern eben auch Feuerwehren und Rettungssanitäter, die als Helfer hier ebenfalls bei ihren Einsätzen immer öfter aggressiv angegangen werden. Und die Ursache steht ja auch fest, sowohl Rettungsdienste als auch die Polizei erkennen den Alkohol in 80 bis 85% der Fälle als mögliche Ursache.

Immerhin ist zumindest die bayerische Politik bei dieser Thematik bis auf wenige Ausnahmen auf der Seite der Polizei; für diese Unterstützung sind wir dankbar. Und auch die bayerische Justiz hat entgegen allgemeiner Schelte erkannt, dass auch sie hier ihren Beitrag zur Bekämpfung solcher Gewalttaten leisten muss. Die Verfahrenseinstellungen sind jedenfalls laut der amtlichen Statistik zwischen 2009 mit 81 Fällen bis 2012 mit 56 Fällen kontinuierlich zurückgegangen, entsprechend ist das Verhältnis bei Einstellungen nach dem JGG bzw. bei den Freisprüchen (in 2012 nur noch ein Fall) – auch hier ist also inzwischen eine Unterstützung unserer Kollegen/-innen erkennbar. Unserer Meinung nach sollte allerdings der mögliche Strafraum noch besser ausgeschöpft und mit Auflagen zur schnellen Schmerzensgeldzahlung noch mehr auf die Täter eingewirkt werden.

Neben dem Alkohol ist natürlich der allgemeine Werteverfall in der Gesellschaft eine Ursache, oft auch gefördert vom positiven Gedanken zum Thema Widerstand gegen die Staatsgewalt. Hier wird allzu gerne unsere Demokratie mit Diktaturen, vorzugsweise mit dem längst vergangenen Nazi-Deutschland, in einen Topf geworfen. Argumentiert wird mit dem Widerstand gegen das Dritte Reich, mit Martin Luther und sogar mit Robin Hood – Widerstand gegen den Staat und damit natürlich auch gegen die Polizei ist bei manchen Intellektuellen (und natürlich auch bei manchen Medien) positiv belegt, ja geradezu notwendig und heroisch. Dabei wird völlig ausgeblendet,

dass wir ja in einem Rechtsstaat leben und mit Dienstaufsichtsbeschwerden, im Extremfall auch Strafanzeigen gegen Polizeibeamte bzw. nachträglichen Feststellungsklagen mit dem Ziel der Feststellung der Rechtswidrigkeit einer polizeilichen Maßnahme nun wirklich ausreichend Möglichkeiten bestehen, polizeiliches Einsatzverhalten auch im Nachhinein zu überprüfen – sachlich, juristisch, **ohne Zeitdruck und vor allem ohne Emotionen und ohne eigene Alkoholisierung**. Es ist also völlig unnötig, einen Polizeibeamten um 4 Uhr morgens tätlich anzugreifen und sich mit Händen und Füßen z. B. gegen eine Identitätsfeststellung zu wehren. Es verbessert nichts an der eigenen Situation – im Gegenteil, der so handelnde Bürger hat nun auch noch eine Strafanzeige ggf. in Kombination mit einer zivilrechtlichen Forderung nach Schmerzensgeld am Hals. In der Regel „gewinnt“ die Polizei die körperliche Auseinandersetzung und die Klärung, wer letztlich die Eskalation verursacht hat, ist auch mehr als müßig und eben oft für alle Beteiligten im Ergebnis frustrierend.

Deshalb mein Appell an alle Polizeikritiker und „Gutmenschen“, die den Widerstandler halt auch so erleben wie wir oft vor Gericht: nüchtern und „im Konfirmandenanzug“, offensichtlich kein Wässerchen trübend und mit einem Sachvortrag, der leider mit dem Verhalten beim Einsatz überhaupt nichts zu tun hat, dass man gleich an der eigenen polizeilichen Wahrnehmung zu zweifeln beginnt. Im Rechtsstaat braucht es **keinen** Aufruf zum Widerstand, sondern eine Aufklärung über die Rechtslage beim polizeilichen Einschreiten und auch die allgemeine Ächtung von Gewalt, die letztlich statt Befriedung nur neue Probleme schafft. Und eines sollte trotz der manchmal im Einzelfall berechtigten Kritik, wenn mal tatsächlich was beim Einsatz schiefgelaufen ist, nicht vergessen werden: **WIR SIND DIE GUTEN!**

In diesem Sinne grüßt Euch

Peter Schall,
Stellvertretender Landesvorsitzender





Alles Neue macht der August

Am 1. August 2014 begann der acht Monate dauernde Trageversuch mit den neuen Uniformmodellen. Wie bereits berichtet fand dabei insbesondere die Kollektion der Österreichischen Bundespolizei bei den Kolleginnen und Kollegen großen Anklang. Mit im Trageversuch ist aber auch das Modell der baden-württembergischen Landespolizei (im Bild mit den weißen Hemden).

Der Bayerische Innenminister betonte beim Pressetermin am 31. Juli 2014, dass eine Farbentscheidung erst am Ende des Trageversuchs erfolgen werde. Die Kolleginnen und Kollegen werden dann selbst über die Farbe abstimmen können.

Die GdP begrüßt diese basisdemokratische Haltung, wie auch immer das Ergebnis auch sein wird!

TBe

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Oktober 2014 ist am 9. September 2014. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

GdP-Spitze mit Bundesvorsitzendem Malchow besucht Planungsstab zum G8-Gipfel

Tausende Einsatzkräfte aus ganz Deutschland werden am 4./5. Juni 2015 den Gipfel der wichtigsten Staats- und Regierungschefs der Welt schützen. Ein Polizeieinsatz, der schon in den Tagen und Wochen vor der Anreise der Gipfelteilnehmer einen großen Kräfteinsatz fordern wird.

Grund genug für die GdP, sich schon frühzeitig aus erster Hand über die Einsatzvorbereitungen und die Rahmenbedingungen vor Ort zu informieren.

Auf Einladung von Polizeipräsident Robert Heimberger, Leiter des Planungsstabs G8-Gipfel 2015 und Polizeiführer des Einsatzes im kommenden Jahr, konnte sich die GdP-Spitze einen persönlichen Eindruck von den laufenden Einsatzplanungen verschaffen. Für die GdP war Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit seinem Pressesprecher Rüdiger Holecek angereist. Zusammen mit dem bayerischen LV Helmut Bahr, seinem Stellvertreter Peter Schall, Finanzvorstand Jürgen Schneider, dem GdP-Vorsitzenden Oberbayern Süd, Michael Ertl, sowie Alexander Baschek, Tom Bentele und Markus Wimmer bekamen sie dabei wertvolle Einschätzungen und Eindrücke über diesen einmaligen Einsatz mit auf den Weg. PP Heimberger, der

sich viel Zeit nahm und den vorbildlichen persönlichen Einsatz der beteiligten Kolleginnen und Kollegen im Planungsstab hervorhob, wurde dabei unterstützt von Peter Löffelmann, Richard Gröger und Udo Dreher.

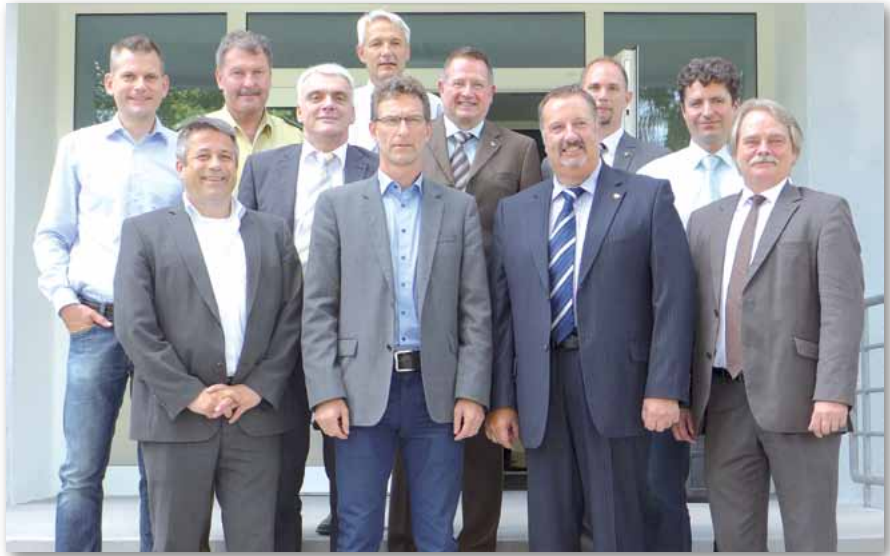
PP Heimberger gab einen kurzen Überblick über die Herangehensweise des in der Kürze der Zeit ins Leben gerufenen Planungsstabs: Eine geeignete Räumlichkeit und die Gewinnung von Kolleginnen und Kollegen für den Planungsstab waren die ersten Schritte. Binnen drei Monaten wurde ein polizeieigenes Gebäude in der Münchner Freiligrathstraße saniert und mit der notwendigen Infrastruktur versehen. Zunächst noch allein mit den ersten sechs Mitarbeitern, wird PP Heimberger seit Anfang Juni von nun 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Verbänden der bayerischen Polizei bei den Einsatzplanungen unterstützt.

Schon früh im Planungsstadium wurde als eine der größten Herausforderungen die Infrastruktur vor Ort ausgemacht: Der Anfahrtsweg zum Hotel ist auf eine übersichtliche Zahl von Gästen ausgelegt und muss für die Anforderungen des Großereignisses ertüchtigt werden. Die alpine Natur



AUS DEM LANDESBEZIRK

vor Ort mit viel Wald und unerschlossenem Gebiet macht den Einsatzraum für Planer und Einsatzkräfte ungewöhnlich. Der Transport der Staatsgäste erfordert genauso wie die Anforderungen an die Kräfteverlegung umfangreiche Überlegungen und Überplanungen. Ein Rettungswegekonzept ist zu erstellen und ein Verkehrskonzept für die Werdenfelser, wie für Touristen und Geschäftstreibende. Bei all dem beschreitet der Planungsstab im Wortsinn „neue Wege“. Neue Wege unter Berücksichtigung des Alten und Schützenswerten. Naturschutz ist für die Planer eine Selbstverständlichkeit, gilt es doch, die Schönheit und Integrität der Alpenwelt zu erhalten, die letztlich den Ausschlag für die Entscheidung der Bundesregierung zugunsten Elmaus gegeben hatte. Auch die Bedürfnisse der Bewohner der gastgebenden Region behalten unsere Kolleginnen und Kollegen bei ihren Planungen im Blick. Der Tourismus und die regionale Wirtschaft wird schon jetzt mit Informationsveranstaltungen und persönlichen Gesprächen vorbereitet – auf dann abweichend vom üblichen Ferienbetrieb in den Pfingstferien etwas andere Besucherscharen. Mit Kirche und Traditionsverbänden werden intensive Gespräche geführt, um die zeitgleichen Fronleichnamprozessionen in der Region mit den Fahrzeugbewegungen des Gipfelverkehrs zu harmonisieren. PP Heimberger konnte Herrn Bundesvorsitzenden Malchow und seinen Kollegen dabei versichern, dass auch der Austausch mit den örtlichen Kommunalpolitikern eng sei und ein konstruktives und vertrauensvol-



les Verhältnis zwischen den Vertretern der Bürger und den beteiligten Behörden bestehe.

Der nötige Kräfteansatz für diesen gewaltigen Polizeieinsatz ist noch nicht abschließend absehbar. Er wird sich vor allem daran orientieren, wie sich die Demonstrationslage und die Mobilisierung der Gipfelkritiker darstellen. Zusätzlich dazu werden 5000 Journalisten erwartet. Im Pressezentrum Garmisch-Partenkirchen und zum Teil nah am Tagungsort werden die Medien mit allen Informationen versorgt, die sie für eine erfolgreiche Berichterstattung brauchen; während die Polizei dafür sorgen wird, dass sich diese Gruppen und Hunderte von Delegationsmitgliedern aus den teilnehmenden Staaten nicht ins Gehege kommen.

Die Vertreter der GdP wiesen angesichts der Größenordnung des Einsatzes insbesondere auf die herausragende Bedeutung der Versorgungseinrichtungen für die Kolleginnen und Kollegen hin. Bundesvorsitzender Malchow machte darauf aufmerksam, dass die GdP sich vor Ort um die Zufriedenheit ihrer Mitglieder sowie aller Einsatzkräfte kümmern werde und auch wieder eine breit angelegte Einsatzbetreuung gewährleistet werde. Da dies den planenden Polizeibeamtinnen und -beamten bis hin zum Polizeiführer, Herrn PP Heimberger, selbst ein großes Anliegen ist, versprach man sich abschließend gegenseitig, gegebenenfalls auftretende Probleme und Unzufriedenheiten direkt auf dem kurzen Weg zu klären.

NACHRUFE



Wir trauern um einen sehr liebenswerten Kollegen und aufrechten Gewerkschafter.

Völlig unerwartet verstarb **POK Gustav Markhof**, WuG bei der PI 22 München-Bogenhausen und Funktionsträger der KG München-Ost.

Er hinterlässt bei uns eine schmerzliche Lücke. Unser Mitgefühl gehört seinen trauernden Angehörigen.

Wir trauern um unsere Mitglieder

Heim, Kurt, 91 Jahre, KG Hassberge

Munter, Otto, 82 Jahre, KG Würzburg

Baisch, Johann, 62 Jahre, KG Vilshofen

Braunmüller, Christa, 69 Jahre, KG Neuburg a.d. Donau

Zitzelsperger, Josef, 75 Jahre, KG Berchtesgadener Land

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



HERZLICH WILLKOMMEN!

DIE GDP BEGRÜSST DIE NEUEN!

www.gdpbayern.de



Helmut Bahr



Clemens Murr



Ralph Küttenbaum

Bepo Würzburg



Daniela Lanzl

Bepo Nabburg



Manfred Schmid

Bepo Königsbrunn



Manfred Butz

Bepo Sulzbach-Rosenheim

▶ Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir freuen uns, Sie als neue Angehörige der Bayerischen Polizei begrüßen zu dürfen!

Sie wurden zum 1. September 2014 in den Standorten der Bereitschaftspolizei Würzburg, Nabburg, Königsbrunn und Sulzbach-Rosenberg eingestellt. Die GdP heißt Sie als große und starke Solidargemeinschaft willkommen.

Täglich setzen wir uns bei politisch Verantwortlichen für optimale Arbeitsbedingungen, berufliches Fortkommen und allgemeine Berufszufriedenheit ein. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten wir einen konkreten Beitrag, das Bild der Polizei nachhaltig positiv darzustellen.

Für die Neueinsteiger bei der Bayerischen Polizei ist die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei der richtige Ansprechpartner. Der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr, Personalratsvorsitzender bei der Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau, und der Vorsitzende der BG Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, sowie die hier vorgestellten Vertrauensleute vor Ort werden Fragen jedweder Art gerne beantworten und Ihnen jederzeit nähere Informationen zur Arbeit der Personalräte und der GdP zukommen lassen. Auch wenn Sie sich gemeinsam mit uns aktiv in der GdP engagieren möchten, sind diese vor Ort Ihre Ansprechpartner. Selbstverständlich können Sie sich auch telefonisch oder per Mail an unsere Landesgeschäftsstelle wenden (Näheres siehe auf <http://www.gdpbayern.de>).

Wir wünschen Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft alles Gute.

In gewerkschaftlicher Verbundenheit

Helmut Bahr
Landesvorsitzender

Clemens Murr
Vors. BG Bereitschaftspolizei

Wir lieben Service!
www.gdp-servicegmbh.de



GdP Service GmbH

So schlecht können wir doch gar nicht arbeiten, wie man uns behandelt!

Von Günter Klinger, Landesseniorenvorsitzender Bayern



Polizeibeamter ist ein Beruf, der Körper, Geist und Seele fordert.

Deshalb gibt es auch, um ein bisschen gegenzusteuern, einen polizeiärztlichen Dienst, einen psychologischen Dienst, Polizeiseelsorger, Sozialpädagogen, Vorgesetzte, Fortbildungsinstitute – und nicht zu vergessen: ein Kommissariat „Interne Ermittlungen“.

Daran sieht man schon, dass sich Polizeiprobleme nicht nur auf Gewalt reduzieren lassen.

Deshalb habe ich mir einmal ein paar Gedanken gemacht, was uns den Berufsalltag und das Leben insgesamt so schwer machen konnte und wie unser Berufsstand innerhalb kürzester Zeit vom „Freund und Helfer“ zum „Gegner und Feind“ wurde. Darüber zu schreiben oder zu reden ist nicht leicht, weil in polizeilichen Kreisen Kritik und Ablehnung nicht offen, sondern dafür meistens hinter vorgehaltener Hand oder durch Schweigen geäußert wird. Es ist aber auch für den Einzelnen nicht ganz ungefährlich, Kritik, auch wenn sie berechtigt ist, zu üben, weil die herrschende Klasse (Politik) dies sofort als Majestätsbeleidigung auffasst.

Ich möchte folgende Punkte kurz anreißen (nicht erschöpfend), die mich sogar als Ruhestandsbeamten (mit Sohn bei der Polizei) noch aufregen:

1. Politik
2. Personal
3. Vorgesetzte
4. Gewalt
5. Eigenverantwortlichkeit
6. Fremdbestimmung

Zu 1. – Politik:

Die Politik betrachtet „Innere Sicherheit“ als Selbstläufer. Dazu tragen auch unsere gut aufbereiteten Statistiken bei. Und nur einen strafverschärfenden „Gewaltparagraphen“ einzuführen, ist eindeutig zu kurz gesprungen. Unsere Lobby ist kleiner geworden. Es rücken andere Themen in den Vordergrund, wie Bildung, Familie, Finanzen, Multikulti etc.

Zudem tut uns die ständige Kritik bestimmter Parteien nicht gut und untergräbt unsere Autorität. Je nach Thema produzieren sie sich als Einschläferungskünstler oder Empörungsbeauftragte.

Zu 2. – Personal:

Unbestritten ist, dass das Personal auf der Straße (Schicht plus Ergänzungsdienste) und bei den kriminalpolizeilichen Sachbearbeitern zu wenig ist. Folgen davon sind

- a) steigende Leistungsverdichtung
- b) rasanter Überstundenanstieg
- c) übermäßige krankheitsbedingte Ausfallzeiten (Burnout)
- d) teilweise bessere Statistiken (weniger Polizei, weniger Aufgriffe)

Der Unterpunkt d) wird natürlich geschickt als positiv verkauft und nicht gleich als Taschenspielertrick erkannt.

Die Oberen, so nenne ich mal die anderen, um nicht wieder eine „Wasserkopf-Diskussion“ anzustoßen, haben keine Personalprobleme.

Deshalb sollte unser Dienstherr einmal den Mut haben, die Polizei personell wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Die Unterstützungseinsätze der BePo (ausgenommen Taktik- und Konzeptseinsätze) in der Provinz werden hergenommen, um nicht vorhandenes örtliches Personal vorzutauschen, das letztendlich zur Beruhigung der Bevölkerung dienen soll (Lückenbüßer-Streifen). Mit welchen Reserven geht die Polizei eigentlich in die Zukunft?

Zu 3. – Vorgesetzte:

Die können wir uns leider nicht aussuchen. Sie werden uns vorgesetzt. Angeblich unsere Elite, eine Bestenauslese geistig wie moralisch. Nach ein bisschen praktischem Polizeidienst, bestandener psychologischer Dressurprüfung (AC) in Ainning und als hochgeschulter Absolvent der Goldfasanen-Akademie Hilstrup werden sie auf die „arbeitende Truppe“ losgelassen.

Aber trotzdem sind es oft keine „Typen“, nur in den seltensten Fällen. In Brehm's Tierleben wird der Goldfasan als Prachtvogel bezeichnet, der sich durch die dichtesten Verzweigungen gewandt hindurchwindet. Seine Stimme ist ein sonderbares Zischen. Passt doch. Aber die Typen wären wichtig, denn vom Vertrauen in die Führung hängt der Mut und der Erfolg der „Truppe“ ab.

Außerdem sollten die Vorgesetzten beherzigen, dass Dienstaufsicht nicht permanentes Jagen nach Fehlverhalten ist, sondern Hilfe, Unterstützung und Fürsorge.

Gute Vorgesetzte brauchen eigentlich keine festen Regelwerke, sondern Impulspapiere mit Frei- und Spielräumen. Denn Arbeit soll ja auch Spaß machen.

Zu 4. – Gewalt:

Hier muss zunächst zwischen den Tätergruppen unterschieden werden:

- a) klassische und potenzielle Straftäter
- b) gewaltbereite Demonstranten
- c) religiöse und politische Fanatiker
- d) Hooligans

Da Buchstabe a) hauptsächlich aus dem Streifendienst heraus bearbeitet wird, spielt die Zahl der eingesetzten Streifen eine nicht untergeordnete Rolle. Zwei oder mehr Streifen (immer öfter bei kleinen Inspektionen gar nicht mehr verfügbar) tragen mit Sicherheit zur Deeskalation bei (hauptsächlich Familienstreitigkeiten, die oft genug ausufern).

Auch Auftreten und Erscheinungsbild spielen eine wichtige Rolle, wenn es um Respekt geht. Bei Großveranstaltungen (Demos, Fußballspielen,

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Open Air) sind zur Beruhigung der Lage die Politik, die Medien, die Justiz und die Sicherheitsbehörden gefordert. Aber manchmal habe ich den Eindruck, verletzte Vorschriften sorgen für mehr Aufsehen als verletzte Polizisten/-innen.

Zu 5. – Eigenverantwortlichkeit Personalplanung:

Ruhestandsversetzungen kommen anscheinend genau so überraschend wie jedes Jahr Weihnachten! Und wie lange die Ausbildung dauert, weiß man an verantwortlicher Stelle auch – bei einigem Nachdenken.

Einstellungsvoraussetzungen:

Sind gute Schulnoten wirklich alles, um den Kampf auf der Straße zu gewinnen? Sollte man nicht umdenken und mehr Wert auf Charakter, Erscheinungsbild und körperliche Fitness (Kraft und Ausdauer) legen? Zum Erscheinungsbild hat jeder sicherlich seine eigenen Vorstellungen. Aber so sieht uns die Öffentlichkeit.

Fortbildung:

Dem Einsatzgeschehen sollte eine größere Bedeutung als der Ausbildung beigemessen werden. Der Dienstsport muss nach der Bereitschaftspolizei verpflichtend angezogen werden. Die Weiterbildung sollte auf die wichtigsten Inhalte beschränkt werden. Von jedem ein bisschen, das bringt nichts. Das Wichtigste muss sitzen. Für besondere Lagen haben wir Spezialeinheiten oder -kommandos.

Laufbahnrechtlicher Protektionismus:

Aufgezeigt am Beispiel der Bundeswehrler (man könnte ebenso EDVler, Finanzierer o. ä. nehmen), mit denen die Polizei durchweg gute Erfahrungen gemacht hat. Sie werden zwar gern genommen, müssen aber unverständlicher Weise mit allem bei null anfangen und werden somit weit unter Wert gehandelt.

Es wäre fair und korrekt, bei der Bundeswehr erworbene Berufserfahrungen und einschlägige Fähigkeiten anzuerkennen (Bildung und Ausbildung). Es sollte ein Signal vorbehaltloser Unterstützung für diejenigen kommen, die unter Einsatz ihres Lebens im Ausland für Frieden und Menschenrechte ihren Kopf hingehalten und ihre Jugend dafür geopfert haben. Hier sollte mal Verbindung mit dem BW-Verband aufgenommen und ernsthafte Gespräche geführt werden.

Zu 6. – Fremdbestimmung:

Es ist immer schlecht, wenn sich Ahnungslose in unser System und unsere Strukturen einmischen, weil die meistens nicht bedenken, was unter dem Strich herauskommt. Aber in einem demokratischen Rechtsstaat sind es nun einmal die Gerichte und die Medien. Die Richter sprechen Recht und die Medien betreiben Meinungsbildung.

Die 68er-Generation, in entscheidenden Positionen, mag uns nicht und die links-liberale Presse auch nicht, nicht einmal die Ruhestandsbeamten – wegen ihrer Pensionen. Sollen doch einmal die Journalisten und Reporter offenlegen, was sie bekommen. Beide

Sparten haben zwar ihre Meinung zur Polizei, aber oftmals kein Wissen über die Polizei.

Ich habe den Eindruck, dass man als Polizist vor Gericht schlechter (Höchststrafe) wekommt als ein Bürger (Mindeststrafe). Danach landet der Beamte oftmals noch im dienstlichen Abseits oder beruflichen Aus, der Bürger in der sozialen Hängematte.

Oder jetzt, mit dem VG-Urteil zur PHM+Z-Beförderung. Für mich ist das Leistungsprinzip nicht mit einer Quotenregelung bei der Beurteilung vereinbar. Die Richter sprechen Recht, die Kollegen/-innen werden mit Beförderungsstopp bestraft. Nur Mut, gebt allen Polizeihauptmeisten/-innen eine Eins in der Beurteilung.

Was ich so leicht überzeichnet aus dem Bauch geschrieben habe, soll euch zum Nachdenken anregen. So behandelt man keine Leute, die Tag und Nacht ihren Kopf für die INNERE SICHERHEIT hinhalten. Man fordert zwar viel, behandelt und bezahlt sie aber nicht gut. Ich kann mir vorstellen, dass das zu Motivationsverlust führt. Und außerdem auch eine gewisse Perspektivlosigkeit und fachliche Überforderung aufzeigt.

Ich kann den dümmlichen Satz „Der Weg ist unser Ziel“ nicht mehr hören. Das geht doch gar nicht, wenn man die Richtung verloren oder sich verirrt hat.

Wenn wir nicht auf den rechten Weg zurückfinden, kommen wir nie ans Ziel!

AUS DEN BEZIRKEN

Gründungsmitglied Aqiu Bürger 90 und 55 Jahre in der GdP



1959 gründete Aquilin Bürger in Aschaffenburg zusammen mit anderen Polizeibeamten unter kritischer Beobachtung der damaligen Polizeiführung die GdP am bayerischen Untermain. In den nächsten 25 Jahren brachte unser Aqiu es selbst bis zum Leiter der PI Alzenau, obwohl er mit seiner Geradlinigkeit und sozialen Einstellung es manchen Vorgesetzten nicht immer einfach machte.

2011, beim großen Festakt „65 Jahre Bayerns Polizei“ im Münchner Prinzregententheater war Aqiu Bürger als Gendarm der ersten Stunde neben dem Innenminister und viel Prominenz mit seiner sympathischen Art fürs Publikum und Fernsehen der Star des Tages.

An seinem 90. Geburtstag, den Aqiu bei bester Gesundheit feierte, wurde er gleichzeitig für 55 Jahre aktive Mitgliedschaft in der GdP geehrt. Holger Zimmermann, der unterfränkische GdP-Chef, wünschte dem Jubilar noch viele spannende Spiele in der geliebten gemeinsamen Schafkopfrunde.

(V. l. n. r.) Seniorenvorstand Robert Schön, Aqiu Bürger mit Enkel, Katja Fuchs, stellv. Vorsitzende der KG Alzenau und Holger Zimmermann.



WIR WOLLEN, DASS GdP-MITGLIEDER 2015 RICHTIG PLANEN!



Wir haben unsere Kalender mit Euren Dienstplänen, zahlreichen Infos, Freizeitaktivitäten, Gewinnspielen und vielem mehr komplett neu aufgelegt. Das Ganze übersichtlich und funktionell – in einem schönen, neuen Look. Und das Beste: individuell mit Deinem Schichtplan! Ab Mitte September kostenlos bei den GdP-Funktionsträgern erhältlich!

www.gdpservicegmbh.de



Abbildung:
Polizeiterminer
4-Monats-Wandplaner
Taschenkalender

Ebenso erhältlich:
Tischquerkalender
Dreimonats-Tischauflieger
Tischauflieger
A1-/A2-Wandkalender
Familienplaner
Schichtfaltplan

HOLT SIE EUCH!

Ausflug der KG Oberviechtach/ Neunburg v. W.



ze erklärte. Er zeigte uns die Überreste des aufgelassenen Ortes Plöß und erläuterte anhand von Schautafeln. Dass die Menschen, die hier wohnten und auch starben, nicht ganz vergessen wurden, beweist der ehemalige Friedhof. Mehrere Grabsteine wur-

Die Vorstandschaft der KG Oberviechtach/Neunburg v. W. organisierte für ihre Mitglieder und deren Angehörige einen Wandertag zu einem verlassenen Dorf im Grenzgebiet zur Tschechischen Republik. Eine große Zahl an Wanderfreunden machte sich Anfang Juli bei herrlichem Wetter am frühen Nachmittag vom grenznahen Friedrichshäng bei Schönsee (bekannt durch das Pascher-Festspiel) auf den Weg nach Plöß in der Tschechischen Republik. Die Führung übernahm dabei ein ehemaliger Grenzpolizeikollege, welcher der Gruppe die Situation an der damals stark bewachten Gren-

den instand gesetzt und eine Schautafel informiert über die hier Begrabenen. Anschließend machten sich die Wanderer wieder auf den Weg, vorbei an der ehemaligen Ortskirche bis zur Ausflugsstätte Hrusa. Nach der verdienten Pause mit einer gesponserten Brotzeit ging es wieder zurück zum Ausgangspunkt, und unterwegs wurden schon neue Ziele ins Auge gefasst. Im Herbst steht bereits die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe an, bei der dann u. a. auch die Veranstaltungen im nächsten Jahr bekanntgegeben werden.

Georg Lehner

Personalsituation im Innenministerium dargestellt

Die GdP-Bezirksgruppe Niederbayern folgte der Einladung von Herrn Staatssekretär Eck und traf sich mit ihm und Herrn ORR Rieger, IC3, im StMI. Ziel der GdP Niederbayern war es, die aktuelle Personalsituation und die Personalentwicklung des Verbandes Niederbayern darzustellen und auf die hohen Pensionsabgänge in der Zukunft hinzuweisen. Weiterhin wurde eine noch größere Transparenz bei den Personalzuteilungen gegenüber allen Polizeipräsidenten gefordert. Herr Staatssekretär Eck sicherte



ORR Michael Rieger, Staatssekretär Gerhard Eck, stellvertretender BG-Vorsitzender Martin Lehner, BG-Vorsitzender Andreas Holzhausen (v. l. n. r.)

in beiden Angelegenheiten Verbesserungen zu.